

18. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

einstimmig mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE, AfD und FDP

An Plen

Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses
vom 29. März 2017

zum

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0058

**Respekt des Landes Berlin für die Regimeopfer der
ehemaligen DDR**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/0058 – wird in folgender neuer Fassung angenommen:

„Der Senat wird aufgefordert, den Opfern politischer Verfolgung in der DDR, die gemäß § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz oder gemäß § 8 Berufliches Rehabilitierungsgesetz besondere Zuwendungen erhalten und in Berlin gemeldet sind, in den Kreis der Berechtigten für den „berlinpass“ aufzunehmen sowie das Sozialticket zur Verfügung zu stellen. Damit erhält dieser Personenkreis auch die Möglichkeit anderer Ermäßigungen für alle Inhaber/innen des „berlinpass“.

Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert, zu prüfen, wie weitere Opfer rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen und politischer Verfolgung in der DDR in die Regelung einbezogen werden können. Dies betrifft z. B. Personen, die mehr als drei Monate in Haft waren und den Kriterien des § 9a Häftlingshilfegesetz entsprechen oder Schülerinnen und Schülern, die von Ausbildungsmöglichkeiten und beruflichen Chancen ausgeschlossen wurden und nach § 3 Berufliches Rehabilitierungsgesetz anerkannt wurden.

Dem Abgeordnetenhaus soll bis zum 15.09.2017 berichtet werden, damit die Ergebnisse in die Haushaltsberatungen 2018/19 einbezogen werden können.“

Berlin, den 29. März 2017

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

Frédéric Verrycken